

Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau D.-S., sowie der Vereine.
Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Austriertes Sonntagsblatt“.

Ersteinst
Wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich um 4,00 Mk.
Bei allen Postämtern 4,50 Pf.

Druck und Verlag:
H. Hanoold's Stadtschuldruckerei, Sohrau D.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hanoold.

Anzeigen-Preis:
für die einseitige Beilage oder deren Raum 50 Pf.
Inseraten-Nachnahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 4. **Vertrags-Nr. 49.** **Mittwoch, den 12. Januar 1921.** **Vertrags-Nr. 49** **43. Jahrg.**

Rundschau.

Amerika für Deutschland.

Paris, 7. Januar. Die Vereinigten Staaten sind, wie aus Washington gemeldet wird, mit dem französischen Standpunkt in der Entwaffnungsfrage nicht einverstanden. Das amerikanische Staatsdepartement hat die französische Regierung wissen lassen, daß es geneigt sei, dafür einzutreten, daß Deutschland nach Maßgabe seiner inneren Verhältnisse entwaffnet werde. Amerika werde eingreifen, wenn Zwangsmassregeln gegen Deutschland ergriffen werden sollen.

Keine Befreiung des Ruhrgebiets?

Paris, 8. Januar. Die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ erzählt aus Washington: Das amerikanische Außenamt habe gestern, Freitag, von der französischen Regierung die ausdrückliche Versicherung erhalten, daß Frankreich nicht die Absicht habe, das Ruhrgebiet zu befreien.

Die polnische Mark = 1/2 Pfennig.

Basel, 6. Januar. Die Finanzkatastrophe Polens macht weitere Fortschritte. Die bisherigen Unterhaltungen durch Amerika und Frankreich sind vollkommen unzureichend. Die polnische Mark ist auf ihren tiefsten Stand, einen halben Pfennig, gesunken.

Aufteilung der Rheinflotte.

Berlin, 9. Januar. Nach „New York Herald“ (Pariser Ausgabe) soll die deutsche Rheinflotte zwischen Deutschland und Frankreich aufgeteilt worden sein. Der schwere Verlust der Rheinflotte, wenn er sich auch nur teilweise bewahrt werden würde, dürfte seine katastrophale Wirkung nicht verfehlen. Sind es doch mehr als 2 Millionen Tonnen, welche die deutsche Rheinflotte verlor. Die Entscheidung über die Rheinflotte soll durch den amerikanischen Schlichter getroffen worden sein. Auf Grund des Versailler Vertrages soll Frankreich einen teilweisen Anspruch auf die Rheinflotte im Interesse der Industrie Elbe-Loisbogens haben.

Oesterreichs Ernährungsnot.

Lugano, 10. Januar. Nach einer Meldung des „Secolo“ aus Paris hat die österreichische Regierung der französischen Regierung amtlich mitgeteilt, daß sie vom 15. Januar ab nicht mehr in der Lage ist, die Ernährung der Bevölkerung zu sichern. Man fürchtet in Frankreich, daß Oesterreich als letzten Rettungsanker die Vereinigung mit Deutschland ergreift, nachdem England Nachkriegsmittelkredite ablehnte.

Die österreichische Wehrmacht.

Wien, 9. Januar. Der „Wiener Mittag“ teilt mit, daß unter den Ersparnismaßnahmen, welche die Wiedergutmachungskommission im Auge hat, sich der Vorschlag befindet, die österreichische Heeresstärke auf 5000 Mann herabzusetzen.

Warschau ohne Mehl und Brot!

Warschau, 9. Januar. Der Magistratsauschuss zur Verorgung der Stadt befißt laut Warschauer Meldungen weder Mehl noch Brot. Alle Versprechungen des Versorgungsministeriums über die Lieferung von Mehl für Warschau haben sich als unwahr erwiesen. Von den 34 Bäckereien, die im Auftrage des Magistrats Brot herstellen, arbeiten zurzeit nur 17.

Oberschlesien.

Protest gegen das Wahlreglement.

Vertreter von 17 000 deutschgekauften Abstammungsberechtigten des Kreises Rybnik-Nord haben den folgenden Protest gegen das vor

einigen Tagen bekanntgegebene Abstimmungsreglement beschlossen:

„Die unterzeichneten Vertrauensleute des Kreises Rybnik-Nord, welche 17 000 deutschgekauften Abstammungsberechtigten von 16 Ortschaften vertreten, erheben energischen Protest gegen die Bestimmung, daß außerhalb Oberschlesiens geborene Bewohner des ober-schlesischen Abstammungsgebietes nur zur Abstimmung zugelassen werden sollen, wenn sie seit dem 1. Januar 1904 sich ununterbrochen im Abstammungsgebiet aufgehalten haben. Man stellt hier Erzwahnsene tiefer als Kinder. Von den Erzwahnsenen verlangt man, daß sie 16 Jahre ober-schlesische Verhältnisse beobachtet haben sollen. Der Zwanzigjährige aber, der doch höchstens seit 4 Jahren bewußt und mit einigem Verständnis die Lebensverhältnisse beobachtet hat, darf abstimmen. Von dem einen verlangt man 16 Jahre, von dem andern nur 4 Jahre. Wegen diese Ungehewerlichkeit protestieren wir als eine Volksgemeinschaft für denkende Menschen und als eine Bergvorkommung.“

Gleichzeitig protestieren wir gegen die zeitlich und räumlich getrennte Abstimmung der im Reich wohnhaften Oberschlesier. Wir haben uns immer als Brüder gefühlt, und die im Jahre 1918 geschaffenen Verhältnisse haben von diesem Gefühl nichts hinwegnehmen können, sie haben es nur vertieft. Unsere Brüder aus dem Reich müssen am Abstimmungstage neben uns zur Urne treten. Wir erwarten von der hohen Interalliierten Kommission, daß unsere gerechtfertigten Proteste gehört und unseren Forderungen stattgegeben wird, umso mehr, da die hohe Interalliierte Kommission allen Forderungen und Wünschen der Polen bisher entsprochen hat.“

Oberschlesien und die Wiedergutmachung.

Brüssel, 7. Januar. Die Wiedergutmachungskommission hat den Chefredakteur der „Independance Belge“ und den Leiter des Soloy-Instituts Barmos beauftragt, einen Bericht über den Zusammenhang Oberschlesiens mit Deutschland und mit Polen und ein Gutachten darüber abzufassen, ob eine Trennung Oberschlesiens von Deutschland diesem die Wiedergutmachungsleistungen unmöglich machen würde. Der verlangte Bericht soll als Grundlage der Sachverständigenkonferenz in Brüssel dienen.

Der Doppelsinn der Abstimmungs-Note.

Paris, 7. Januar. Das Reutersbüro veröffentlichte eine halbamtliche Note, in der auch zur Abstimmung in Oberschlesien Stellung genommen wird und in der es unter anderem heißt: Die Frage des Plebiszits in Oberschlesien sei nicht vertagt worden. Damit soll gesagt sein, daß die Frage der Abstimmung in Oberschlesien erledigt ist und nicht als Verhandlungsgegenstand der Pariser Konferenz in Betracht kommen kann. Die Note fährt aber mit einem bedeutungsvollen Satz fort, der folgendermaßen lautet: . . . auch wenn die Frage der Abstimmung der nicht in Oberschlesien Wohnenden noch nicht geklärt ist. Daraus geht hervor, daß die englische Regierung auf Grund des Protestes der deutschen Regierung gegen die Verfügung, daß die Abstimmung der nicht in Oberschlesien Wohnenden erst nachträglich stattfinden soll, nicht der Ansicht ist, daß mit dieser Verfügung nicht das letzte Wort gesprochen ist. Die Note fährt dann weiter fort: Der Besiz legend eines Gebietes in Oberschlesien wird nicht notwendigerweise demjenigen zugewiesen, der im Verlaufe der allgemeinen Abstimmung die Mehrheit der Stimmen haben wird. Aus diesem Satz geht klar hervor, daß damit der polnische Hinter-

gedanke gemeint ist, der dem System der getrennten Abstimmung zugrunde liegt. Ohne Zweifel wurde beabsichtigt, nach der ersten allgemeinen Abstimmung, die eventuell zu Gunsten Polens ausfallen könnte, Oberschlesien sofort Polen zuzuwenden und durch polnische, womöglich französische Truppen besetzen zu lassen. Die Note fährt schließlich fort: Diese Frage steht noch im Hintergrund und wenn das Plebiszit sofort stattfindet, so würden doch drei Monate vergehen, bis das Ergebnis der genauen Abstimmung festgelegt werden kann. Auch dieser Satz der geheimnisvollen Note ist wieder doppelsinnig. Es soll damit gesagt sein, daß wenn das Ergebnis so oder so ausfällt, die Wirkung des Abstimmungsergebnisses nicht vor Ablauf dreier Monate eintreten wird.

Neue Truppen nach Oberschlesien?

Frankfurt a. M., 7. Januar. Der Schweizerische Presse-Telegraph meldet aus Paris, daß die alliierten Mächte die Besatzungsarmee in Oberschlesien für die Dauer der Abstimmung wesentlich verstärken wollen. Neue Truppen nach Oberschlesien werden in den nächsten Tagen abgehen. Die drei alliierten Befehlshaber haben dem Presse-Telegraph zufolge den Ententefabrikanten gegenüber die Garantie der Sicherheit und Unabhängigkeit der Abstimmung übernommen.

Korfanty demontiert.

Beuthen O.S., 7. Januar. Der polnische Plebiszitkommissar Korfanty tritt in einer Erklärung den Oberleuten, daß die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens ohne Abstimmung erfolgen soll, entgegen und behauptet, diese Verträge seien vollständig aus der Luft gegriffen. Von Verhandlungen über einen Bericht auf die Abstimmung und eine Aufteilung Oberschlesiens könne gar keine Rede sein. Gleichzeitig erklärt auch das polnische Generalkonsulat in Oppeln eine Erklärung im gleichen Sinne. Deutscherseits wird man diesen Erklärungen nur zustimmen können, da gerade Deutschland auf eine gerechte und freie Volksabstimmung stets den größten Wert gelegt hat. Die Uebergabe der deutschen Protestnote.

Paris, 8. Januar. Die deutsche Protestnote wegen des Abstimmungsreglements für Oberschlesien wurde gestern der Volkskammerkonferenz übergeben. Die Pariser Presse versäumt natürlich nicht, sofort dagegen Stimmung zu machen und der Note üblichen Mißerfolg zu prophezeien.

General Le Rond über Korfanty.

Beuthen, 9. Januar. Im norwegischen Blatte „Dagens Nyheter“ finden wir einen längeren Reisebericht des Berliner Korrespondenten des Blattes, Hans von Hülsen, über seine Reise durch das ober-schlesische Abstammungsgebiet. Den Reiz seines Reiseberichtes bilden zwei interessante Unterredungen mit Korfanty und Le Rond. In der letzteren heißt es: Korfanty begann mit einer lebhaften Sympathieerklärung für die standbaunischen Wälder. Er erinnerte daran, daß seine Familie selbst norwegischen Ursprungs sei, und erzählte von dem Tage, an dem ihn der König von Dänemark in Paris das Großkreuz des Danebrogordens überreicht habe, dessen einziger französischer Ritter zu sein er sich rühme dürfe. Mit Interesse hörte er, was mir Korfanty gesagt hatte, und dabei lächelte er häufig wie ein nachsichtiger Vater oder Onkel. Als ich ihm von seinen Plänen erzählte, machte er eine abwehrende Bewegung und sagte: „Ach, er redet so viel!“ Ich bat ihn dann selbst um eine Erklärung über die Lage des Landes, in dem er selbst zurzeit die höchste Staatsgewalt vertritt. Er antwortete sehr schnell und mit großer Präzision: „Als Gradmesser

für den Zustand eines Landes dienen folgende drei Dinge: seine Produktion, seine Finanzen und seine Ordnung. Die Produktion Oberschlesiens, solange die Interalliierte Kommission hier regiert, war niemals so gut wie jetzt. Das Land arbeitet zu unserer Zufriedenheit, die Kohlenförderung ist bedeutend, und das sollte Korsant, der Ihnen sagte, das Land könne nicht arbeiten, doch am besten wissen, denn ein sehr erheblicher Teil der Kohlenförderung geht nach seinem Volen. Ferner: Die Finanzen sind sehr gut. Und schließlich: Die Ordnung läßt ja zu wünschen übrig; von beiden Seiten kommen Unregelmäßigkeiten vor, aber doch nicht mehr, als es in unruhigen Zeiten natürlich ist. Ob die Abstimmung ruhig verlaufen wird? Wer kann das sagen! Die Stimmung ist ganz gewaltig ausgeartet, und der eigentliche Kampf der Meinungen steht ja noch bevor. Ueber den Termin der Abstimmung kann ich noch nichts sagen. Ich weiß davon nicht mehr als irgendjemand in Oberschlesien. Die Volkshastertkonferenz hat ihre Entscheidung noch nicht getroffen, aber ich glaube, sagen zu können, daß es nach Lage der Dinge nicht früher sein kann als im März. Das Häufelrot der hiesigen Zeitungen ist lächerlich."

Uchtung! Legitimationskarte!

Nach Verordnung der Interalliierten Kommission vom 30. Oktober 1920 soll jeder in Oberschlesien wohnhafte Person eine Legitimationskarte ausgestellt werden. Der größte Teil der ober-schlesischen Bevölkerung dürfte bereits im Besitze einer solchen Karte sein. Wer noch keine Karte erhalten hat, beantrage sofort bei seinem Ortsvorstande die Ausstellung einer Legitimationskarte.

Nach Mitteilungen, die dem Plebiszit-Kommissariat für Deutschland zugegangen sind, hat das Publikum bei der Ausstellung der Karten nicht genügend darauf geachtet, daß die darin gemachten Angaben tatsächlich auch der Wirklichkeit entsprechen. Jeder, der die Karte schon erhalten hat, und jede Person, die die Karte noch zu bekommen hat, prüfe dieselbe genau und verlange sofort Abänderung der bemerkten Ungenauigkeiten.

Worauf soll besonders geachtet werden?

1. Jede im Abstimmungsgebiete geborene Person muß eine rote Karte erhalten. Zum Abstimmungsgebiete gehören auch alle Ortsteile des Kreises Leobschütz. Die an der tschechischen Grenze gelegenen Ortsteile, wie Ratscher, Stranis, Walsdorf, Seimerwitz, Wilsch usw. haben das Abstimmungsrecht ebenso wie alle anderen Gemeinden des Kreises Leobschütz.
2. Auf Seite 3 der Karte ist zuletzt auszufüllen:

Im Abstimmungsgebiete wohnhaft seit . . .
Hier prüfe jeder genau das eingetragene bezw. noch einzutragende Datum nach. Wer beispielsweise seit 15. Mai 1898 in Oberschlesien überhaupt wohnhaft ist, aber erst seit 1. April 1912 seinen Wohnsitz in Rottwitz oder Myslowitz hat, muß verlangen, daß die Eintragung lautet: Im Abstimmungsgebiete wohnhaft seit 15. Mai 1898.

Wiesach wird nämlich das Datum des Zuzugs nach dem letzten Wohnort angegeben, hier also 1. April 1912. Das ist durchaus falsch und kann zu allerlei Nachteilen führen, zumal wenn man bedenkt, daß Zugezogene nur dann stimmberechtigt sein sollen, wenn sie vor dem 1. 1. 1904 nach Oberschlesien gekommen sind.

Wiso nochmals:

Jeder prüfe genau seine Karte und verlange unbedingt sofortige Abänderung bezw. Neuansstellung.

Dr. Simons spricht über Oberschlesien.

Berlin, 10. Januar. Wie die „Dena“ von unterrichteter Seite hört, wird Reichsminister Dr. Simons in der Dienstagssitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten wichtige Erklärungen auch über die ober-schlesische Abstimmung abgeben.

Soziales u. Provinzielles.

Sobran D. S., den 11. Januar 1921.

* (Frühlingswetter im Januar.) Das Frühlingswetter, mit dem der Dezember geschlossen hatte, setzte sich auch in der ersten Januarwoche unverändert fort, und mit Ausnahme des äußersten deutschen Nordostens herrschten im ganzen Lande Temperaturen, die weiß am 8 bis 10 Grad über den für die Jahreszeit normalen Werten lagen und somit den Wärmeresultaten der zweiten Aprilhälfte entsprachen. Ein derartiger warmer Jahresanfang ist seit länger als einem halben Jahrhundert nicht vorgekommen; wenn in anderen Jahren

Sibir und da auch einmal ein besonders warmer Wintertag bezeichnet worden ist, so blieb dieser doch meist vereinzelt und überdies in bezug auf die übrigen Witterungselemente wenig frühlingshaft, während gegenwärtig sowohl die anhaltenden Regenfälle wie die frühmorgens Winden fehlen, die sonst gewöhnlich die Begleiterscheinung der wärmsten Winterstage sind. Die Ursache der abnormen Witterung beruht auf der langen Dauer südwestlicher Luftströmung, die anzuwachen seit länger als 14 Tagen vorübergehend einmal von einer Nordwestströmung unterbrochen worden ist. In der Verteilung des Luftdrucks ist seit dem Jahresanfang irgend eine erhebliche Aenderung nicht eingetreten. Das milde Wetter dürfte daher einwilligen fortauern.

(Plebiszit-Kommissariat für Deutschland.) Nachdem Herr Wynasolabirektor Professor Münzer auf Vorladung der Interalliierten Kommission in Oppeln sein Amt als Plebiszit-Kommissar für den Kreis Rybnik niedergelegt hat, da er Beamter ist, haben die politischen Parteien einstimmig Herrn Rechtsanwalt Knuth in Rybnik zum Interkommissar an seine Stelle gewählt. Dieser hat das Amt angenommen und die Dienstgeschäfte übernommen.

(Herr Sudtewalter Rogowitz) in Baranow ist am heutigen Tage nach Hochberg bei Weichsel verzogen, um dort die Verwaltung des ebenfalls des Gleichen Erbengutigen Gutes zu übernehmen. Herr Rogowitz war in hiesiger Gegend länger als 26 Jahre tätig, in Baranow's seit 1914. In anderer Stadt erregte sich der Scheidende seiner Menschensrennlichkeit und seines hieherigen Charakters wegen großer Beliebtheit und Verehrung, jedoch sein Weggang hier allseitig bedauert wird. Wir wünschen dem ansehnlichen deutschen Manne für seinen neuen Wirkungskreis alles Gute. — Sein Nachfolger in Baranow ist Herr Insp. Ror Zusa aus Wagnern bei Breslau.

(Wem hiesigen Standesamt) sind im Jahre 1920 beantragt worden: 144 Geburten (gegen 123 im Jahre 1919), 59 Eheschließungen (89) und 113 Sterbefälle (161). Dieses Ergebnis ist gegen das Vorjahr, besonders was die Sterbefälle anlangt, ein bedeutend günstigeres zu nennen.

(Betrifft Umschneuer!) Der Reichsminister der Finanzen hat eine Verfügung erlassen, wonach die umschneuerfähigen Personen, welche auf die Umschneuer bereits vor ihrer Tätigkeit, d. h. vor dem 1. April 1921, Anzahlungen leisten, eine Zinsvergütung für die Zeit vom Tage der Zahlung bis zum 31. März 1921 erhalten. Für die hiernach vor dem 31. Januar 1921 geleisteten Anzahlungen werden 6 % für spätere Anzahlungen 5 % vergütet. Eine Vergütung von Zinsbeträgen unter 5 Mark findet nicht statt.

(Stempelabgaben.) Die Entrichtung der Stempelabgaben für die im Laufe des Kalenderjahres 1920 in Kraft gewesenen schriftlichen und mündlichen Pacht- und Mietverträge und für die Automaten und Werkzeuge hat nach Maßgabe des Landesstempelgesetzes spätestens bis Ende Januar 1921 bei den Bezirkskollektoren bezw. bei den Stempelverteilern zu erfolgen. Es wird ganz besonders darauf hingewiesen, daß auch schriftliche sowie mündliche Verträge über Vermieten von möblierten Zimmern ebenfalls stempelspflichtig sind, falls die Wohnungsmiete einschließlich des Betrages, den der Mieter für Heizung, Beleuchtung usw. an den Vermieter zu zahlen hat, mehr als 30 M. im Monat beträgt und im Laufe des Kalenderjahres mehr als 150 M. insgesamt eingekommen sind. Der Zimmervermieter ist zur Besteuerung verpflichtet. Nähere Auskunft kann bei jedem Zollamt eingeholt werden.

(Ein Mischuldiger an dem Vatermann'schen Werke gestiftet!) Gestern nachmittag befanden sich zwei Mitglieder der Werberbande, die schon seit längerer Zeit die hiesige Gegend durch ihre beständigen Raubüberfälle in Angst und Schrecken versetzt, im Gogolauer Wald bei einer Schieferer, wobei der eine der Verbrecher, der Grubenarbeiter Josef Kowatz aus Rybnik, ein Buche von noch nicht 20 Jahren, durch 6 Schuß schwer verwundet wurde. Er konnte darauf sofort ergriffen werden, während es dem anderen, dem Grubenarbeiter Emil Jablonka aus Sorbriegen, einem schon mehrfach vorbestraften Jubiläum, welcher auch schon festgenommen war, im letzten Augenblick leider zu entweichen gelang. Kowatz wurde nach Sobran eingeliefert und nach Anlegung eines Notverbandes gerichtet

lich übernommen. Er ist gestadig, sieht jedoch die Hauptkugel an Jablonka. Nach der Benennung wurde er ins Krankenhaus und heute nachmittag nach Rasthor überführt. — Vor seiner Überführung nach Sobran hat er die St. Ur, an der die bei Herrn Rippl in Gogolauer getriebenen Goldschlagen pp. vergaben sein sollen, näher bezichtigt wollen. In Wirklichkeit war das Ergebnis seiner Angabe, daß an der betr. Stelle nur eine Anzahl Goldschlagen, die an den Goldschlagen ausgebracht waren, aufgefunden wurden; von den Wertlosen selbst fand sich keine Spur. — Offenlich gelangt es, bald sämtliches Raubgeschick, das zu einer Sonderplage geworden ist, festzunehmen und hinter Schloß und Riegel zu bringen. — Jablonka ist übrigens einer der Beteiligten an dem Überfall auf das Krawatsche Gut in Sorbriegen am 22. August v. J. Dem festgenommenen Kowatz wurde ein schwerer Armeerevolver, den er bei sich hatte, abgenommen.

(Drei verurteilte Banditen) drangen am Sonntag nachmittag in der 6 Stunde in die Wohnung der Häublerin Marie Woschegh in der Rauerstraße hieselbst ein und verlangten unter Bedrohung mit einer Schusswaffe Öronzgabe des Geldes. Die zu Tode erkrankende, fast 80 Jahre alte Frau gab aus ihrem Vortromanne 35 M. her; damit gaben sich die Banditen nicht zufrieden, sondern verlangten noch mehr, indem sie angaben, die Frau müßte mindestens 300 M. im Hause haben. Auf der Suche danach durchwühlten sie sämtliche Schubladen, fanden aber nichts und entfernten sich hierauf, nachdem sie die alte Frau in ein 3 mmer eingeschlossen hatten. Der Sohn der Ighteren kam leider erst nach der Tat nach Hause. — Drei verdächtige Parteien wurden noch am selben Abend von der Sp. festgenommen, sie sind aber am nächsten Tage wieder freigelassen worden, da sie von Frau Woschegh als Täter nicht bezichtigt werden konnten.

(Das goldene Jubiläum des Reiches.)

Der Erlaß des preussischen Unterrichtsministers Quentz über die Schulferien am 18. Januar ist ein merkwürdiger Erlaß, da er die für die heutigen republikanischen Staatsform und deren Erinnerung, und dementsprechend müssen die Schulferien ein eigenartiges Zwitwergbild werden, bei dem sorgfältig der Geist der Unwahrheit umgeht und der Engel der Verlogenheit durchs Zimmer fliegt. Beim 18. Januar denkt ein jeder sofort an die Kaiserkrönung in Versailles, an den großen König Wilhelm und die ihm umgebenden deutschen Fürsten und Paladine, an Bismarck, Moltke, Roon usw. Der amtliche Erlaß aber darf Erinnerung an die republikanische Zeit nicht werden; er hebt so mit folgenden Worten: „Am 18. Januar sind fünfzig Jahre vergangen, seit die deutschen Stämme sich zum Deutschen Reich zusammengeschlossen haben.“ Gewiß, die deutschen Stämme; aber doch erst durch die Taten der großen Männer der monarchischen Zeit. Der Unterrichtsminister spricht, die bestimmte Erwartung aus, daß „jede Ausnützung der Ferien zu parteipolitischen Zwecken, insbesondere zur Verherrlichung der früheren Staatsform, unbedingt zu unterlassen ist.“ Wie man es machen soll, der Gedrängte des Tages gerecht zu werden, ohne am 18. Januar der Wiedererrichtung des Deutschen Kaiserreichs, also der damaligen Staatsform und zwar selbstverständlich in verklärender Weise, zu gedenken, das anzugeben, sollte Herrn Quentz wohl sehr schwer fallen. Die Ferien soll, so sagt die Anweisung des Ministers, „in allen Schulen würdig und eindrucksvoll“ gehalten sein, der Unterricht fällt aber an diesem Tage nicht aus. Bei Heibel und Wascher zu viel, Münte den Kindern die Bedeutung des Tages zu sehr einprägen und vielleicht auch an die Zeit erinnern, da beim Einlaufen von Siegesnachrichten auf Befehl des Kaisers schulfreie Tage die frohgewagten Kinder an die schlangengeschwundenen Straßen liefen. All das möchte man ja heute begreifen und vergessen haben.

(Das Jahr 1921) ist ein Gemeinjahr von 365 Tagen; es entspricht dem Jahr 5681—5682 der Israeliten. Uferrmittlung haben wir am 9. Februar, Ostern am 27. März und Pfingsten am 15. Mai.

(Ausweisung des Lehrers Hartmann.) Die interalliierte Kommission hat dem Lehrer Hartmann aus Gleiwitz, der seit 20 Jahren in Oberschlesien tätig und mitteilhaft Abstammungsregeln zur Abstimmung berechtigt ist, einen Ausweisungsbefehl zugesprochen. Hartmann, der Vorsitzender des Lehrerverbandes Oberschlesien ist und sich durch sein mutiges Auftreten für die deutsche Sache

Metallbetten

Stahlrohrmatratzen, Kinderbetten, Polster an Jedermann. Katalog frei.

Eleonore-Schiffabrik, Suhl i. Thür.

Der Herr Kreiskontrollleur von Beuthen Land hat folgendes bekanntgegeben:

Bekanntmachung!

Der Kreiskontrollleur von Beuthen Land macht darauf aufmerksam, daß die von der Interalliierten Kommission ernannten Mitglieder der paritätischen Legitimationskarten- und Abstimmungsbüros, polnische wie deutsche, in der Ausübung ihrer Obliegenheiten unter dem Schutze der hohen Regierungs- und Abstimmungskommissionen stehen.

Jeder gegen diese Personen gerichtete Versuch von Schikane oder Einschüchterung, bei Gelegenheit der Ausführung der Funktionen jener Herren unternommen, wird mit gebührender Strenge verfolgt werden.

Der Kreiskontrollleur von Beuthen Land.

Da diese Bekanntmachung auf Art. 39 des Abstimmungs-Reglements beruht, trifft sie auf das ganze Abstimmungs-Gebiet zu.

allgemeiner Beliebtheit erkrete, hat Oberkassier bereits verlassen.

(Das sollte eine Warnung sein?) Unter Bezugnahme auf die von den Arbeiterorganisationen geforderte Entschädigung zur Abstellung der öffentlichen Unruhe am 30. Dezember 1920 wird von mehreren Arbeitern geschrieben: Es sind kaum 6 Monate her. Da haben die polnischen Arbeiter, die durch ihre Organisationen ist ebenfalls gegen das Banditenwesen protestieren, geschrieben, und mit dem Generalstreik gedroht, falls die Sicherheitspolizei aus Oberschlesien nicht entfernt würde. Deputierten klagen aus Oppeln zum Herrn General B. Rind. Die Sicherheitspolizei wachte heraus. Es waren ein paar Duzer, welche die Rassen aufschickten. Diese Duzer arbeiten heute nicht mehr. Sie sind unter die Räuber und Banditen gegangen. Das Volk hat die traurigen Folgen der Sicherheitspolizei zu tragen. Sie schäut die Werte und somit die Alltagsarbeit und auch die Arbeiter. Ich will wissen die polnischen Arbeiter am eigenen Leibe spüren, was mit der Entfremdung der Sicherheitspolizei für Schäden angerichtet wurde. Die Arbeit ist gefährdet. Auf dem Wege zu ihr werden auch sie oftmals der Raub der Raubt und des Lebens bedroht. Jetzt kommt ihnen zum Bewußtsein, daß ohne polnische Schutz ein geregelter Leben nicht möglich ist. Diese Einsicht kommt rechtlich spät. Der Vorgegang scheint sich aber in Bezug auf die Abstimmung zu wiederholen. Auch hierbei läßt sich ein Teil polnischer gestandener Arbeiter und andere Leute von republikanischen Agenten Korfauch verführen und will durchaus zu Polen gehören. Sollte es wirklich wider alles Erwarten dazu kommen, dann werden wiederum keine 6 Monate vergehen, wo diese Leute zur Einsicht kommen, und das Falsche ihres Tuns erkennen werden. Aber dann wird es zu spät. Deshalb rufen wir unseren Kollegen zu: „Laßt Euch nicht verführen, wie Ihr Euch habt verführen lassen bei der Entfremdung der Sicherheitspolizei!“ Die trüben Folgen beim Anschluß an Polen würden für die Arbeiter noch schlimmer sein, als das Banditenunwesen von heute.

(Ist das Duldbarkeit?) In welcher Weise von polnischer Seite die deutsche Bevölkerung propagiert und der Versuch gemacht wird, Ursache in die Bevölkerung hineinzutragen und die Schuld an Unruhen den Deutschen zuzuschreiben, zeigt folgender Vorfall: Am helligen Abend verbreiteten polnische Leute in Glatz das Gerücht, Deutsche aus Parafschowitz hab-sichtigten in Glatz Gewalttaten zu unternehmen. 2 polnische Agitatoren machten mehrere Grundarbeiter betrunken und zogen mit ihnen durch

Glatz. Sie rissen dort sämtliche polnische Plakate unter Drohungen gegen die polnische Bevölkerung ab und warfen die Tafeln, an denen die Bekanntmachungen der Gewerkschaft angebracht waren, um, beschädigten sie und warfen sie in den Straßengraben. Sie versuchten auch ein Mutter-Gottes-Bild herunterzurufen. Dies gelang ihnen jedoch nicht, weil das Bild an einer Schraubenstange gut angebracht war. Deshalb begnügten sie sich, die Schraubenstange zu beschädigen, immer unter Schimpfworten an die polnische Bevölkerung. Die Leute in Glatz sitzen auf diese Provokation herein und stellen Posten auf, um sich vor den „Hilfsmitteln“ zu schützen. Es passierte natürlich nichts, weil die ganze Sache erlogen war. Dies wurde am nächsten Tage bekannt und die Erbitterung auch des polnischen Teiles der Bevölkerung von Glatz gegen die unverantwortlichen Duzer war groß. Jeder ruhige Oberschlesier wird daraus entnehmen, wie wenig Glauben polnischen Behauptungen zu schenken ist. Er wird auch wissen, welche Zustände eintreten werden, wenn die Polen einmal die Herrschaft bekommen sollten.

(Das Umfassenergesetz) Nach dem Umfassenergesetz vom 24. Dezember 1919, das seit dem 1. Januar 1920 in Kraft ist, sind viele Kreise der Bevölkerung auch dann mit Nebenbeschäftigung umsatzsteuerpflichtig, wenn ihre Haupttätigkeit einer Umfassener bisher nicht unterlag: Beamte, die nebenbei Schriftkellern, Lehrern, die Privatstunden erteilen, Arbeiter und Gesellen, die selbstständig im Hause ihrer eigenen Kunden tätig sind. Die Steuer beträgt grundsätzlich 1 1/2 Prozent und erhöht sich auf 15 Prozent, wenn Verkaufsgegenstände hergestellt werden. Sie beträgt 10 Prozent, wenn die Vermittlungen von Räumen von Privatpersonen zu vorübergehendem Aufenthalt stattfinden und wenn der Betrag für eine Nacht 5 Mark und mehr beträgt.

(Zur Aufklärung!) Die in sämtlichen ober-schlesischen Zeitungen erscheinende Nachricht, daß die Landwirtschafts-Jahreserträge in Glatz, Larnowitzerstraße Nr. 3, in nächster Zeit gegen 2000 austragende Militärperde zum Verkauf erhält, entspricht nicht den Tatsachen. Es liegt ausschließlich eine beabsichtigte Irreführung der Bevölkerung vor. Die Abgabe von dienst-unbrauchbaren Pferden ist jetzt nach endgültiger Herabminderung des Preises beendet.

(Polnische Abstimmungsgelder.) Wie die polnische Telegraphenagentur East Express meldet, hat die polnische Bank Kreditaufnahme 1 Million Mark für Abstimmungszwecke für Oberschlesien zur Verfügung gestellt, ebenso 1 Million für polnische Studenten und polnische Journalisten.

(Die polnische Mark = 1/2 Pfennig.) In Paris bei den Freunden der Polen wird die polnische Mark gleich 1/2 Pfennig bewertet. Fällt Oberschlesien an Polen, so wird die deutsche Mark der polnischen gleichgestellt, mit anderen Worten: wer mit 1 Mark einschläßt, erwirbt am anderen Morgen mit 1/2 Pfennig in der Tasche. Er kann mit seiner Mark nur noch so viel kaufen als wenn er mit 1/2 Pfennig auf den Markt käme. Wer ein Sparflesschen über 100 Mark besitzt, kann nur noch soviel kaufen, als wenn das Glas über 50 Pfennig lauter. Wer als Journalist oder Kriegskorrespondent eine Monatsrente 10 Mark erhält, kann nur noch soviel kaufen, als wenn er 5 Bg. erhielte. Das bedeutet für jeden Oberschlesier die Notiz: Eine polnische Mark = 1/2 Pfennig.

Kopowitz, 10. Januar. Bei der gestern abgehaltenen Versammlung des Bundes für Erhaltung der Sozialen Organisation kam es im Zentral-Komitee zu einem Beschlusse zwischen Deutschen und Polen. Der Angehörige des polnischen Plebiszit-Kommissionärs W. Schallik aus Glatz wurde schwer verletzt, jedoch an seinem Auskommen gezweifelt wird. Aus dem polnischen Plebiszit-Kommissionariat wurden zwei Schiffe abgegeben. Der Schiffs, ein gewisser Pawletka, ist in Haft genommen.

Koslaw, 8. Januar. Fleischermeister Golegla in Czajkowitz wurde in seiner Wohnung von bewaffneten Banditen überfallen, die hierbei aber an den Wunden kamen, denn dieser griff zu dem bereitliegenden Revolver, schoß einen der Räuber nieder und verwundete einen zweiten. Die übrigen Banditen nahmen hierauf schleunigst Reißfuß.

Plesch, 8. Januar. In der Nacht vom 29. zum 30. Dezember wurde das Domizilium Kapocznowitz von einer etwa 30 Mann starken Bande überfallen und vollkommen ausgeplündert. Die Bande erschien um 11 Uhr nachts mit dem angeblichen Aufrufe, Waffen zu suchen. Da man nicht öffnete, wurde die Haustür eingeschlagen, sämtliche Schränke erbrochen und alles, was nicht nicht und weggeführt war, mitgenommen. Der Besitzer des Hauses war verstreut und hatte den Schlüssel zum Geldschrank mitgenommen. Der Geldschrank wurde in zwei-schüssiger Arbeit aufgemacht, die Familie heraus nach dem Keller gebracht, die Werbe aus dem Stall geholt, angepaßt und der ganze Haub in drei Kutschwagen mit sieben Pferden fortgeführt. Auch die Wirtschaftlerin und der Hausmeister wurden bestohlen und mißhandelt, ein Dienstmädchen von drei Banditen ver-gewaltigt. Die Räuber waren sämtlich mit

Schulden angesetzt. Sie dürfen bei der Abfahrt, sie würden keine Schwierigkeiten haben, aber die Grenze zu kommen.

Kattowitz, 8. Januar. Kürzlich ging die Nachricht durch die Presse, daß sich Glatzener durch den Verkauf oberösterreichischer Immobilien in erheblichem Maße in Oberschlesien engagieren. Diese Meldung erregte eine bemerkenswerte Erregung durch eine Mitteilung aus zuverlässiger Quelle. Danach sind private Kreise, die den Allerten nahe stehen, am Werke, in Oberschlesien und zwar besonders im Industriegebiet, hochwertige Grundstücke aufzukaufen. Es ist die Gründung einer Gesellschaft unmittelbar bevor, die, wie bis jetzt verlautet, ihren Sitz im westlichen Oberschlesien haben soll.

Kattowitz, 10. Januar. In einem Kattowitzer Kaffeehaus machte sich ein Besuch der Spoke, einem ihm persönlich bekannten Billardspieler die Orkiestafel: traten aus dem Koffe zu stehen, ohne daß der Spieler es bemerkt. Als die Partie zu Ende war und der Spieler zahlen wollte, bemerkt er den Besuch der Orkiestafel, die über 1000 Mark Bapstgeld enthält. Nach einigen Minuten kletterte ihn sein Freund auf, um ihm gleichzeitig sein Eigentum abzugeben. Er griff in seine Tasche — und fand sie leer. Ein geliebter Sommer hatte die Orkiestafel dem Pfandbode im Gefolge entwendet und war mit dem Taufender auf und davon gegangen. — Ein Ehepaar im Hause Langstr. 18, das zu dem Hofleben lebt, hatte sich wieder einmal gestritten. Die misshandelte Frau schickte zu ihren Eltern und blieb dort über Nacht. Gegen 1 Uhr nachts erschien im betrunkenen Zustande ihr Ehemann. Als die Frau die Ehe brach, schickte ihr der Mann den Revolver auf die Brust und ließ sie in seine Wohnung mitgehen. Als die Brüder der Frau zur Hilfe eilten, erlaubte sich die Waise und brachte einen der Brüder nieder. Schließlich ergriff die Ehe, die weiteren 11. hat verhängt und den Mann festnahm. Der Schwerverwundete wurde ins Krankenhaus geschafft.

Oppeln, 8. Januar. Vor dem Sondergericht der Interalliierten Kommissar ist das Hauptverfahren gegen 11 Personen eröffnet worden, die verdächtig sind, den Tod des Kandidaten Milecki bei den Augustwahlen 1920 in Kattowitz verschuldet zu haben. In einer Vorverhandlung wurde dieser Tage einer von den Angeklagten gegen Kaution aus der Haft entlassen. Von beiden Seiten sind neue Angeklagte gestellt worden, denen ferner des Gerichts stattgegeben worden ist. Die Hauptverhandlung dürfte erst nach etwaiger 8. stattfinden.

Standesamt-Nachrichten von Sobrau.
Sterbefälle.

Am 1. Januar 1921 der Straßenarbeiter Andreas Bakla, 58 Jahre alt.

Der Magistrat gibt durch Aushang bekannt:

In den bekannten Feilverkaufsstellen wird unbeschränkt und solange der Vorrat reicht Schweineschmalz zum Preise von 21 Mark das Pfund verkauft.

Am Freitag, den 14. d. Mts., erfolgt im Zimmer 2 die Ausgabe der Zuckerausgabemarken auf Grund besonderer Verfügung des Herrn Reichsernährungsministers und zwar pro Kopf ein Pfund Zucker. Die roten Ausweisarten sind zur Stelle zu bringen. Ohne Vorlage der roten Karte wird und darf eine Verabfolgung von Marken nicht geschehen.

Legitimations-Karten.

Die Ausgabe der grünen Legitimations-Karten (für Nichtobereschlesier) erfolgt am Donnerstag und Freitag den 13. und 14. d. Mts. im Stadtssekretariat — Zimmer 6. — Diejenigen Personen, welche ihre roten Legitimations-Karten noch nicht abgeholt haben, werden ersucht, dies unverzüglich zu tun.

Bekanntmachung.

Bezugnehmend auf unsere Bekanntmachung vom 20. Dezember er. betreffend den Verkauf von ca. 2000 Bienen und 50 Erlen aus dem sächsischen Waldbesitz teilen wir sämtlichen Interessenten mit, daß der für den 15. Januar er. angelegte Verkaufstermin erst am Sonnabend den 22. Januar er. vormittags

stattfindet.
Sobrau O.S., den 11. Januar 1921.
Der Magistrat. J. B.: Hering.

Scharfer Wachhund
zu kaufen gesucht.
Dominium Riegersdorf.

Danksagung.

Für die so zahlreichen Beweise wohlwunder Teilnahme anlässlich des herben Schicksalsschlages durch die von ruchloser Hand erfolgte Ermordung unseres nun in Gott ruhenden geliebten Gatten, Vaters, Schwiegervaters und Grossvaters,

des Rentengutsbesizers Ferdinand Patermann,

sprechen hierdurch allen Lieben ein recht heraliches „Gott vergelte“ aus. Innigen Dank besonders dem hochw. Herrn Pfarrer Kubitzka für die unseren Herzen so wohlthuenden Worte am Grabe, der Gemeinde und Allen, die dem Verstorbenen die letzte Ehre erwiesen haben. Heraliches Dank auch für die schönen Kranzspenden.

Eichendorf, den 10. Januar 1921.

Frau Bertha Patermann nebst Kindern.

Sinalco-Heisstrank

aus edelsten Früchten und besten reinsten Säuren hergestellt.
Die Krone aller alkoholfreien, grogartigen Warmgetränke.

Zu haben in fast allen Lebensmittelgeschäften. Auf Name u. Etikett ist besonders zu achten.

Gothaer Lebensversicherungsbank a. G.

Bisher abgeschlossene Versicherungen:

2 Milliarden 800 Millionen Mark.

Alle Überschüsse kommen unverkürzt den Versicherungsnehmern zugute.

Neue vorteilhafte Versicherungsformen, insbesondere
Invaliditätsversicherung,
Gewährung der Versicherungssummen in Renten und die
Mitversicherung ergänzender Witwenrenten
ermöglichen denkbar vollkommenste Fürsorge.

Vertreter: Robert Nawroth, Sobrau O.S.

Bekanntmachung.

Es gelangen aus den hiesigen sächsischen Forsten ca. 1000 im Rieferschlagbüchler III., IV. und V. Klasse

zum Verkauf.
Schriftliche Angebote sind bis zum 22. Januar er. verschlossen mit der Aufschrift „Holzangebot“ an uns einzureichen. Die in Frage kommenden Bedingungen können vorher gegen Einsendung von 3 Mark von uns bezogen werden.
Sobrau O.S., den 11. Januar 1921.
Der Magistrat. J. B.: Hering.

Volksbildungsverein
Arbeitsgemeinschaft Seemann.

Donnerstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, alte Schule, I. Mädchenklasse: „Mohammed und sein Werk.“
— Gäste willkommen! —

Volksbildungsverein.

Der Stenographie-Kursus beginnt wieder Mittwoch, den 12. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr.
Der Leiter.

Warnung!

Hierdurch warne ich jedermann vor Weiterverbreitung der über mich kufierenden unwahren und ehrabschmeißenden Gerüchte, da ich sonst gerichtlich vorgehen müßte.
Johann Krakowczyk, Tischlermstr.

Ein elegantes
eichernes Speisezimmer
compl. mit Fenstervorhängen und Teppich pp.
sowie ein
Obonit-Pianino
per bald zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

Prima Räucherheringe
Marinierte Heringe u. Rollmops
täglich frisch!

Themann, Obervorstadt.
Goldene Trauringe u. Ohrringe
in jedem Feingehalt sind stets zu haben bei Engelmann, Sobrau (Rufschewowa.)

Künstliche Zähne
in
Gold u. Friedenskautschuk
Plombieren u. Zahnziehen mit Inj.

Sprechstunden:
Werktags von 8—5 Uhr.

M. Prokop, Zahn-
Praxis.
Bahnhofstr. Nr. 234.

Ein Lehrling

sann in meiner Buchdruckerei bald oder später eintreten.
P. Hunold.

Kinderwagen, Sportwagen
liefern preiswert ab Fabrik
Engelmann, Sobrau, 2 Wln. vom Bahnhof.

Ich offeriere Torsachen, insbesondere
Pferde-, Kuh- und Schweine-Tröge
in verschiedenen Ausführungen.
Baugeschäft Glücklich
Warschowitz.

Fürstl. Oekonomie Krier h. Miserau
hat noch
Futterrüben
abzugeben.

Einen scharfen Wachhund
(Schäfer oder Dobermann) sucht Zegrotzki, Ostwitz, Klotzschin.

„Obereschlesier!“
Bedenket bei der Abstimmung:
Bei Deutschland volles Selbstbestimmungsrecht —
Bei Polen klawische Abhängigkeit von Warschau.